



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Beselerallee 44, 24105 Kiel
Tel. 0431 / 805249, Fax 82614
info@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Pressemitteilung

03/06/2011

Kinderschutzbund begrüßt Bergmann-Bericht und konkretisiert Forderungen

Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein begrüßt den „Abschlussbericht der unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“ von Dr. Christiane Bergmann, der am 6. Juni beim „Runden Tisch Sexueller Kindesmissbrauch“ auf der Tagesordnung steht. Insbesondere vier Punkte finden die Zustimmung des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein:

- 1. Bestehende Strukturen im Kinderschutz nutzen und das Angebot an Hilfen ausweiten:** Die Zahl der Hilfeanfragen wegen Gewalt gegen Kinder steigt in den Kinderschutz-Zentren und in den Fachberatungsstellen des Kinderschutzbundes kontinuierlich. Im vergangenen Jahr verzeichneten die drei schleswig-holsteinischen Kinderschutz-Zentren in ihren Regionen insgesamt rund 1.300 Hilfeanfragen wegen Gewalt gegen Kinder, davon im Kinderschutz-Zentrum Kiel allein 240 Hilfeanfragen wegen sexuellem Missbrauch. Trotz der steigenden Hilfeanfragen erhöht sich die Stundenzahl der Fachkräfte nicht. Damit bleibt weniger Zeit für die Unterstützung der einzelnen Familie und dem einzelnen betroffenen Kind. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Kinderschutz-Zentren eine wichtige Lücke im Therapieangebot für Kinder und Eltern bei sexuellem Missbrauch schließen : Auch strukturschwache Familien, die sonst bei der Suche nach einem geeigneten Therapieplatz für ihr Kind scheitern oder denen es schwer fällt, für ihr Kind regelmäßig Termine bei niedergelassenen Psychotherapeuten einzuhalten, erhalten bei den Kinderschutz-Zentren Hilfe. Hier ist man darauf eingestellt, die Familien zunächst auch in Form von aktiver Elternarbeit zu unterstützen.

2. **Mehr Prävention:** Kinder und ihre Eltern müssen gestärkt werden, um Kinder besser vor Missbrauch zu schützen bzw. rechtzeitig Hilfe zu holen. Darüber hinaus sind die Fachkräfte in den Institutionen für das Thema Sexueller Missbrauch zu sensibilisieren und fortzubilden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Verdachtsfälle zu erkennen und entsprechend zu handeln. Hier gilt es Unwissen und Unsicherheiten weiter abzubauen.
3. **Problemfeld Sexueller Missbrauch und Behinderung stärker in den Fokus rücken:** Die Kinderschutz-Zentren befassen sich seit mehr als 20 Jahren mit dem Thema des sexuellen Missbrauchs von behinderten Kindern. Leider ist es in Deutschland bisher nicht gelungen, tragfähige Hilfestrukturen zu schaffen und das Hilfeangebot ist bis heute gering. Die Vernetzung zwischen Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendhilfe ist immer noch nicht ausreichend etabliert, aber zwingend notwendig. Kinder mit Behinderungen sind in höherem Maße gefährdet als Kinder ohne Behinderung. Gleichzeitig werden Kinder mit Behinderung in allen Lebensbereichen in der Regel institutionell betreut, versorgt, beschult und unterstützt. Daher muss auch die Prävention z.B. durch Leitlinien in Einrichtungen verstärkt werden, um den Schutz dieser Kinder zu erhöhen.
4. **Einrichtung von unabhängigen Ombudsstellen (z.B. für Heime):** Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein unterstützt die Schaffung von unabhängigen Ombudsstellen, an die sich Betroffene wenden können, die in Institutionen Opfer von Gewalt geworden sind, bzw. alle, die einen entsprechenden Verdacht hegen. Allerdings sollten die Ombudsstellen nicht allein die unabhängige Beschwerdestelle bei sexuellem Missbrauch sein, sondern bei allen Fällen von Gewalt gegen Kinder.

In diesem Zusammenhang weist die Vorsitzende des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein Irene Johns darauf hin, dass der sexuelle Missbrauch nur eine von vielen Formen der Gewalt gegen Kinder ist: „Wir dürfen bei der Debatte um den sexuellen Missbrauch andere Gewaltformen nicht aus dem Blick verlieren! Oft kommen mehrere Gewaltformen nebeneinander vor, wie zum Beispiel Vernachlässigung und körperliche Gewalt. Wir dürfen diesen Fehler der Fokussierung, den wir in den 1980er Jahren zu Beginn der Debatte um den Missbrauch gemacht haben, nicht wiederholen“, warnt Johns.